













Europawahlprogrammanalyse des Deutschen Naturschutzing








Gesamtbewertung

							
> Nachhaltige und gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
> Natur-, Tier- und Artenschutz	●	●	●	●	●	●	●
> Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft	●	●	●	●	●	●	●
> Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation	●	●	●	●	●	●	●

Legende

-  Große Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Größtenteils Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Teilweise Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Wenig Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Keine Überschneidung mit DNR-Forderungen

1. Bewertungstabelle: Für eine nachhaltige und gerechte Klimapolitik, die das 1,5°C-Limit einhält

							
✓ Nachhaltige und gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
✓ Langfristige EU-Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
Bekanntnis zu bestehender und notwendiger zukünftiger EU-Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
Internationale Anstrengungen und Bekenntnis zur historischen Verantwortung	●	●	●	●	●	●	●
✓ Energiewende	●	●	●	●	●	●	●
Rascher Ausstieg aus Fossilen	●	●	●	●	●	●	●
Bis 2040 100% naturverträgliche Erneuerbare	●	●	●	●	●	●	●
Gebäudeenergieeffizienz	●	●	●	●	●	●	●
✓ Antriebs- und Mobilitätswende	●	●	●	●	●	●	●
Senkung des Energiebedarfs im Verkehr	●	●	●	●	●	●	●
Stärkung Bahnverkehr	●	●	●	●	●	●	●
> Natur-, Tier- und Artenschutz	●	●	●	●	●	●	●
> Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft	●	●	●	●	●	●	●
> Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation	●	●	●	●	●	●	●








Begründung

	Klimapolitik	Energiewende	Antriebs- und Mobilitätswende
Unsere Forderungen	Die Parteien müssen für eine EU-Klimapolitik sorgen, die der historischen Verantwortung Europas gerecht wird. Dazu gehört ein Bekenntnis zur bestehenden Klimapolitik (Fit for 55) und zu notwendigem zukünftigen Engagement: Es braucht EU-Klimaziele für 2035 und 2040 basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, die zusammen mit zusätzlichen internationalen Anstrengungen die EU auf den 1,5°C-Pfad ausrichten. Zusätzlich muss die EU andere Länder stärker durch Klimapartnerschaften, Klimafinanzierung, technische Unterstützung sowie Expertise unterstützen.	Die Parteien müssen für saubere und bezahlbare Energie und mehr Energieeffizienz sorgen: Bis spätestens 2040 sollte die EU im gesamten Energiesektor 100 Prozent günstige, naturverträgliche Erneuerbare Energien erreicht haben. Bürger*innen-Energie, also die dezentrale, bürger*inneneigene Energieversorgung, muss dabei im Vordergrund stehen. Die EU muss für den raschen Ausstieg aus den fossilen Energien und für eine Reduktion des Energieverbrauchs gerade im Gebäudesektor sorgen. Dazu gehört auch ein europaweiter Ausstieg aus der fossilen Wärmezeugung, die Einführung ambitionierter energetischer Mindeststandards und eine soziale Abfederung.	Die Parteien müssen eine echte Antriebs- und Mobilitätswende voranbringen, in der die Senkung des Energiebedarfs im Verkehrssektor durch Verkehrsvermeidung, -verlagerung, Effizienz und Elektrifizierung im Zentrum steht. Dazu gehört insbesondere eine massive Stärkung des Bahnverkehrs, indem dieser attraktiver, fairer bepreist, grenzüberschreitender und enger getaktet wird.
Grüne	Die Grünen bekennen sich klar zur Verantwortung der EU im Klimaschutz, zum 1,5°-Ziel und zu wissenschaftsbasierter Klimapolitik. Sie fordern darüber hinaus klare Zwischenziele auf dem Weg zur Klimaneutralität und mehr europäische Unterstützung für andere Länder.	Die Grünen setzen sich für saubere und bezahlbare Energie und mehr Energieeffizienz ein: Bis 2035 soll in Deutschland der gesamte Energiesektor auf 100 Prozent Erneuerbare Energien ausgerichtet sein, dabei haben naturverträgliche Technologien wie Solar- und Windkraft Vorrang und dezentrale Bürger*innen-Energie steht im Vordergrund. Die EU soll rasch aus den fossilen Energien	Die Grünen legen ein kohärentes Konzept für eine umfassend Antriebs- und Mobilitätswende vor, die auf Elektrifizierung, Effizienz und Verlagerung setzt, bei der die Verkehrsvermeidung jedoch zu kurz kommt. Die Nutzung von E-Fuels im Straßenverkehr wird größtenteils abgelehnt. Der Bahnverkehr soll

		aussteigen. Für die Reduktion des Energieverbrauchs gerade im Gebäudesektor wollen die Grünen sorgen, dabei setzen sie im Gebäudebestand jedoch nicht auf gebäudescharfe Mindeststandards.	massiv ausgebaut, angereizt und attraktiver gemacht werden.
Linke	Die Linke bekennt sich klar zur Verantwortung der EU im Klimaschutz, zum 1,5°-Ziel und zu wissenschaftsbasierter Klimapolitik. Sie fordert deutlich ambitioniertere Ziele und klare Zwischenziele und will, dass die EU bereits bis 2040 klimaneutral wird, um das 1,5°-Ziel sicherer zu erreichen. Die Linke fordert ebenso mehr europäische Unterstützung für andere Länder.	Die Linke setzt sich für saubere und bezahlbare Energie und mehr Energieeffizienz ein: Mit massiven Investitionen soll bis 2035 der gesamte Energiesektor der EU auf 100 Prozent Erneuerbare Energien ausgerichtet sein, dabei stehen kommunale, genossenschaftliche und dezentrale Bürger*innen-Energie im Vordergrund, nicht jedoch naturverträgliche Erneuerbare Energien. Die EU soll rasch aus den fossilen Energien aussteigen. Für die Reduktion des Energieverbrauchs gerade im Gebäudesektor mit sozialem Ausgleich will die Linke sorgen.	Die Linke legt ein kohärentes Konzept für eine umfassende Antriebs- und Mobilitätswende vor, die auf Elektrifizierung, Effizienz, Vermeidung und Verlagerung setzt. Die Nutzung von E-Fuels im Straßenverkehr wird abgelehnt. Sie setzt sich für eine deutliche Stärkung des Bahnverkehrs ein.
SPD	Die SPD bekennt sich zu einer wissenschaftsbasierten EU-Klimaschutzpolitik und zu einem ambitionierten Zwischenziel für 2040 auf dem Weg zur Klimaneutralität. Sie fordert mehr europäische Unterstützung für andere Länder. Ein Bekenntnis zum 1,5°-Ziel, ein Zwischenziel für 2035 und die historische Verantwortung der EU erfolgt nur indirekt durch die Anerkennung der Verantwortung der reichen Länder.	Die SPD fordert, erneuerbare Energien stärker auszubauen und rasch aus den fossilen Energien auszustiegen. Auf die Naturverträglichkeit von Bioenergie soll geachtet werden, darüber hinaus wird jedoch nicht auf naturverträgliche oder dezentrale Bürger*innen-Energie gesetzt. Problematisch: Wasserstoff aus allen Energieträgern soll verstärkt genutzt werden. Im Gebäudeeffizienzbereich erkennt die SPD die Notwendigkeit von mehr Energieeffizienz an, spricht sich jedoch gegen das für die Dekarbonisierung effektivere Instrument der Mindesteffizienzstandards aus.	Die SPD will eine Antriebs- und Mobilitätswende voranbringen und den Energiebedarf im Verkehr durch Verkehrsverlagerung und teilweise Elektrifizierung senken. Sie setzt dabei jedoch zu wenig auf Vermeidung und Effizienz und will Wasserstoff auch im Straßenverkehr nutzen. Sie setzt sich für eine deutliche Stärkung des Bahnverkehrs ein.
CDU/CSU	Die Union bekennt sich zur Klimaneutralität bis 2050, nicht aber zu Zwischenzielen auf dem Weg dorthin, zum 1,5°-Ziel, zur internationalen Verantwortung der EU im Klimaschutz oder zu wissenschaftsbasierter Klimapolitik. Den Green Deal will sie erhalten, aber aufweichen.	Die Union positioniert sich nicht zum Ausstieg aus den Fossilen. Erneuerbare Energien will sie ausbauen, setzt hierbei jedoch alle Erneuerbaren und Atomstrom gleich. Somit spielen Naturverträglichkeit und dezentrale Bürger*innen-Energie keine Rolle. Im Gebäudeeffizienzbereich ist im Wahlprogramm eine Leerstelle: Die Wörter Energieeffizienz sowie Gebäude sind nicht im Programm enthalten.	Die CDU/CSU lehnt eine echte Antriebs- und Mobilitätswende ab und setzt stattdessen auf „Technologieoffenheit“, E-Fuels im Straßenverkehr sowie eine Abkehr vom Verbrenner-Aus. Eine Stärkung des Bahnverkehrs und eine effizientere Verkehrsnutzung werden nicht genannt.
FDP	Die FDP bekennt sich zum 1,5°-Ziel, wie dies eingehalten werden soll, bleibt jedoch unklar: Den Green Deal will sie erhalten, aber aufweichen und für eine Regulierungspause im Klimaschutz sorgen. Bei der Erreichung der EU-Klimaziele setzt die FDP auf Technologieoffenheit, möglichst umfassende CO2-Bepreisung und weist technischen Senken bzw. CO2-Entnahmetechnologien und Negativemissionen eine sehr große Rolle zu. Für wissenschaftsbasierte Zwischenziele hin zur Klimaneutralität spricht sie sich nicht aus. Ein Bekenntnis zur historischen Verantwortung der EU im Klimaschutz und zu umfassender internationaler Unterstützung fehlt.	Die FDP positioniert sich nicht zum Ausstieg aus den Fossilen. Erneuerbare Energien will sie ausbauen, allerdings ohne sie finanziell zu fördern. Bei den Erneuerbaren werden alle Technologien gleichgesetzt, auf Naturverträglichkeit oder dezentrale Bürger*innen-Energie wird somit nicht gesetzt. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen ausgesetzt werden. Problematisch: Wasserstoff aus allen Energieträgern soll verstärkt genutzt werden. Im Gebäudeeffizienzbereich lehnt die FDP strikt jegliches Ordnungsrecht ab und setzt sich für eine Regulierungspause ein.	Die FDP lehnt eine echte Antriebs- und Mobilitätswende ab und setzt stattdessen auf „Technologieoffenheit“, E-Fuels im Straßenverkehr und eine Abkehr vom Verbrenner-Aus. Eine effizientere Verkehrsnutzung wird nicht angegangen. Sie setzt sich für einen konsequenten Ausbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes und eine Harmonisierung im Bahnverkehr ein. Eine umfassende Stärkung des Bahnverkehrs, auch von Güterzügen, Nachtzügen, Regionalzügen inklusive eines Europataktivs, günstigerer und fairerer Bepreisung und mehr Fahrgastrechten fehlt aber.
BSW	Klimaschutz und Klima werden im Wahlprogramm zwar genannt; das 1,5 Grad-Ziel, die historische Verantwortung der EU sowie konkrete Klimaziele und klare Absichten zur Erreichung von Klimaneutralität fehlen jedoch. BSW erkennt zwar die Existenz der Klimakrise an und betont die Notwendigkeit von Konzepten zur Bewältigung, lehnt jedoch viele der	Das BSW steht für eine sehr ambivalente Energiepolitik: Einerseits setzt es weiterhin auf gefährliche fossile Energien und will Gas- und Öllieferungen aus Russland wieder aufnehmen, was sowohl klima- als auch geopolitisch Irrsinn ist. Die Partei bekennt sich zu keinerlei Klima- oder Energiezielen der EU. Gleichzeitig will sie Erneuerbare Energien fördern, insbesondere dezentrale und bürger*inneneigene Energie. Bei der	Das BSW lehnt eine echte Antriebs- und Mobilitätswende ab und setzt stattdessen auf „Technologieoffenheit“, weitere Nutzung von Öl und Gas und eine Abkehr vom Verbrenner-Aus. Es spricht sich für Investition in öffentliche Infrastruktur und Förderung emissionsarmer Technologien aus, jedoch ohne ein klares Bekenntnis zur

	europäischen Klimaschutzmaßnahmen ab (Emissionshandel und CO2-Bepreisung, Verbrenner-Aus, ...). Das BSW kritisiert den Europäischen Green Deal und dessen Folgeprogramme als von Lobbyinteressen geprägt.	Gebäudeeffizienz bleibt die Position unklar, das Bündnis spricht sich für ein EU-Programm zur Sanierung von Infrastruktur und Gebäuden aus, ob dies mit energetischen Vorgaben zusammenhängen soll, bleibt unklar. Gesetzliche Ziele, Maßnahmen oder Vorgaben für die Gebäudeeffizienz sind nicht vorgesehen.	umfassenden Stärkung des Bahnverkehrs (gerade auch im Fernverkehr).
AfD	Die AfD stellt den wissenschaftlichen Konsens der menschengemachten Klimakrise in Frage. Sie will sämtliche Klimaschutzpolitik abschaffen.	Die AfD stellt den wissenschaftlichen Konsens der menschengemachten Klimakrise in Frage. Sie setzt weiterhin bzw. vermehrt auf gefährliche fossile und Atomenergie und lehnt den Ausbau von Erneuerbaren Energien komplett ab.	Die AfD stellt sich deutlich gegen eine echte Antriebs- und Mobilitätswende und setzt stattdessen auf „Technologieoffenheit“, eine Abkehr vom Verbrenner-Aus und lehnt notwendige weitere Kompetenzen der EU für Verkehrspolitik ab. Statt auf eine Stärkung des Bahnverkehrs zu setzen, spricht sich die AfD für eine Stärkung des klimaschädlichen Flugverkehrs aus.

2. Bewertungstabelle: Natur-, Tier- und Artenschutz








							
> Nachhaltige und gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
∨ Natur-, Tier- und Artenschutz	●	●	●	●	●	●	●
∨ Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ
Land- und Meeresflächen unter wirksamen Schutz stellen	●	●	●	●	●	●	●
Wiederherstellungsziel	●	●	●	●	●	●	●
Naturschutzfinanzierung/ EU-Naturschutzfonds	●	●	●	●	●	●	●
Gentechnik ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ
∨ Wildtierschutz ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ
Stopp des illegalen Wildtierhandels	●	●	●	●	●	●	●
Regulierung von Heimtieren	●	●	●	●	●	●	●
∨ Gewässerschutz & Fischereipolitik ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ	● ⁱ
Umsetzung zentraler EU-Gewässerschutzgesetze	●	●	●	●	●	●	●
Ablehnung von Tiefseebergbau	●	●	●	●	●	●	●
Umsetzung der Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik	●	●	●	●	●	●	●
> Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft	●	●	●	●	●	●	●
> Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation	●	●	●	●	●	●	●

Begründung

	Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität	Neue Gentechnik	Wildtierschutz	Gewässerschutz & Fischereipolitik
Unsere Forderungen	Ein ambitionierter und konsequenter Biodiversitätsschutz sichert unsere Lebensgrundlagen. Auch die Wiederherstellung von Biodiversität ist hierbei zentral. Es gilt, die im globalen Biodiversitätsrahmen vereinbarten Ziele EU-weit umzusetzen, eine rechtlich bindende Verankerung von Wiederherstellungszielen vorzunehmen und die Finanzierung von Biodiversitätsschutz im EU-Budget zu verankern.	Die Auswirkungen neuer gentechnischer Verfahren (NGT) auf Nahrungsmittel und Ökosysteme sind nach aktuellem Stand der Wissenschaft nicht absehbar. Die Parteien müssen sich dafür einsetzen, dass weiterhin das EU-Vorsorgeprinzip gilt, indem Risikoprüfung und Kennzeichnung verpflichtend bleiben und damit auch die Rückverfolgbarkeit sowie die Wahlfreiheit von Bürger*innen und Landwirt*innen sichergestellt werden kann.	Die Parteien müssen sich auf EU-Ebene für einen konsequenten Schutz von Wildtieren einsetzen. Der illegale Wildtierhandel muss gestoppt werden. Der Handel mit Wildtieren soll auf die Tiere beschränkt werden, die als Heimtiere geeignet sind.	Die Parteien müssen sich für eine konsequente Umsetzung der zentralen EU-Gewässerschutzgesetze einsetzen. Das gilt insbesondere für die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie, um den guten ökologischen Zustand der Gewässer bis 2027 zu erreichen. Es braucht ein Verbot von Tiefseebergbau. In der Gemeinsamen Fischereipolitik müssen sich die Parteien für den Erhalt und Wiederaufbau gesunder Fischbestände und ein ökosystembasiertes Fischereimanagement einsetzen sowie illegale Fischerei unterbinden.
Grüne	Die Grünen bekennen sich zur Umsetzung des Globalen Biodiversitätsrahmens und setzen sich für die Wiederherstellungsziele ein. Zudem fordern sie einen EU-Naturschutzfonds.	Die Grünen sind für Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft und wollen an einem strengen Zulassungsverfahren, am Vorsorgeprinzip, Risikoprüfung, verbindlicher Kennzeichnung und Wahlfreiheit festhalten.	Die Grünen wollen den illegalen Artenhandel bekämpfen und eine Positivliste für den Handel von Exoten einführen.	Die Grünen wollen die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie in diesem Jahrzehnt erreichen. Sie fordern eine schnellere und bessere Umsetzung der Meeresstrategie und wollen Fischbeständen und Fischer*innen nachhaltige Perspektiven bieten. Die Grünen wollen keinen Tiefseebergbau, solange ernsthafte Umweltschäden nicht wissenschaftlich ausgeschlossen werden können.
Linke	Die Linke bekennt sich zur Umsetzung des Globalen Biodiversitätsrahmens und fordert einen eigenständigen EU-Naturschutzfonds.	Die Linke will Kennzeichnung, Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip bei neuen gentechnischen Verfahren wahren und Letzterem Vorrang vor dem Innovationsprinzip geben.	Die Linke setzt sich für eine strenge Regulierung des Wildtierhandels ein, will eine Positivliste für Heimtiere einführen und ist für ein Verbot des illegalen Wildtierhandels.	Die Linke ist für eine konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, ist für den Verbot von Tiefseebergbau und will Fischereisubventionen an Nachhaltigkeitskriterien koppeln.
SPD	Die SPD will 30 % der Land- und Meeresfläche unter wirksamen Schutz stellen und genügend finanzielle Mittel für die Wiederherstellung der Natur bereitstellen.	Die SPD will den Einsatz neuer gentechnischer Verfahren ergebnisoffen prüfen. Dabei sollen Vorsorgeprinzip und Risikoprüfung Priorität haben und Wahlfreiheit für Verbraucher*innen sichergestellt werden. Ebenso besteht sie auf Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung.	Die SPD setzt sich die Sicherung des Tierwohls von Wildtieren und Haustieren zum Ziel. Eine Konkretisierung von Maßnahmen fehlt.	Die SPD will Wasser als öffentliches Gut schützen, den Wasserrückhalt in der Landschaft stärken und fordert eine europäische Wasserstrategie. Die Wasserrahmenrichtlinie und deren Umsetzung werden jedoch nicht erwähnt. Bei der Fischerei fordert die SPD wissenschaftsbasierte Fangquoten und die Bekämpfung illegaler Fischerei.
CDU/CSU	Die CDU/CSU bezeichnet den Schutz der Biodiversität als Zukunftsversicherung,	Die CDU/CSU will sich für Investitionen in neue Züchtungstechnologien	Die CDU/CSU erwähnt keine Schutzmaßnahmen für Wildtiere.	Die CDU/CSU bezeichnet den Schutz von Wasser als Zukunftsversicherung,

	benennt aber keinerlei Ziele, Maßnahmen oder Gesetze, die dies sicherstellen würden.	einsetzen und benennt dabei keine Regeln, Prinzipien oder potenzielle Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.		benennt aber keinerlei Ziele, Maßnahmen oder Gesetze, die dies sicherstellen würden.
FDP	Die FDP will den Erhalt der Artenvielfalt über Biodiversitätszertifikate und Marktanreize sicherstellen, schlägt dabei aber keinerlei Ziele oder Gesetze vor.	Die FDP fordert die Neuordnung des Gentechnikrechts, ohne das Vorsorgeprinzip, Wahlfreiheit etc. zu erwähnen.	Die FDP will europaweite Mindeststandards für den Tierschutz einführen (unter "Agrar" bewertet). Darüber hinaus sind keine Maßnahmen genannt.	Die FDP will eine Fischereipolitik, die Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität miteinander verbindet. Dies wird jedoch nicht weiter konkretisiert. Zudem macht die FDP keine Aussagen zum Gewässerschutz.
BSW	Keine Aussage.	Das BSW lehnt Agrogentechnik und Patente auf Leben ab und ist für den freien Nachbau von Saatgut. Zum einen sind keine genaueren Bedingungen genannt, zum anderen wird nicht deutlich, ob Agrogentechnik die neuen gentechnischen Verfahren mit einschließt oder nicht.	Neben Aussagen zu tierwohlgerechter Tierhaltung (unter "Agrar" bewertet) gibts es keine Aussagen zum Tierschutz.	Keine Aussagen zu Gewässerschutz oder Fischerei.
AfD	Die AfD benennt Natur- und Artenschutz nur in Verbindung mit Jagd.	Die AfD will den Einsatz von Gentechnik streng überwachen und auf tatsächlichen Nutzen prüfen. Vorsorgeprinzip, Wahlfreiheit, Kennzeichnung oder Risikoprüfung werden nicht erwähnt.	Die AfD betont die Relevanz von Tierschutz (unter "Agrar" bewertet), aber macht keine konkreteren Aussagen zum Wildtierschutz.	Die AfD benennt die Relevanz von Gewässerschutz, lehnt aber die Wasserrahmenrichtlinie ab und will stattdessen eine nationale/regionale Regelung. Da Fließgewässer nicht an nationalen Grenzen halt machen, ist ein EU-weiter Ansatz im Gewässerschutz zentral.

3. Bewertungstabelle: Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Landwirtschaft und Wirtschaft

							
> Nachhaltige und gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
> Natur-, Tier- und Artenschutz	●	●	●	●	●	●	●
✓ Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft	●	●	●	●	●	●	●
✓ Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>
Agrargelder (in der GAP) zum Schutz von Umwelt, Klima, Tieren und Artenvielfalt	●	●	●	●	●	●	●
Nachhaltige Ernährungssysteme und Umbau der Tierhaltung	●	●	●	●	●	●	●
Reduktion von Pestiziden und Düngemitteln und Stärkung des Ökolandbaus	●	●	●	●	●	●	●
✓ Kreislaufwirtschaft <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>
Ressourcenschutz und -effizienz	●	●	●	●	●	●	●
Weiterentwicklung Produktpolitik	●	●	●	●	●	●	●
Schadstofffreie Umwelt	●	●	●	●	●	●	●
✓ Klimaneutrale und zukunftsfähige Industrie <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>	● <small>iz</small>
Emissionsvermeidung und -reduktion	●	●	●	●	●	●	●
Finanzierung der Industrietransformation	●	●	●	●	●	●	●
Transformation von Unternehmen	●	●	●	●	●	●	●
> Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation	●	●	●	●	●	●	●

Begründung

	Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme	Kreislaufwirtschaft stärken	Industrie klimaneutral und zukunftsfähig gestalten
Unsere Forderungen	Wir brauchen eine grundlegende Transformation des Agrar- und Ernährungssystems hin zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und ökologischeren System, das die Landwirtschaft für das Erbringen von Umweltleistungen entlohnt (GAP), das den Umbau der Tierhaltung im Sinne des Klima- und Tierschutzes voranbringt und das die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie für weniger Pestizide, weniger Düngemittel und mehr Ökolandbau umsetzt.	Mit einer konsistenten Kreislaufwirtschaft müssen Parteien dafür sorgen, dass wir durch Ressourcenschutzziele und die prioritäre Weiterverwendung von Abfall (EU-Abfallhierarchie) weniger Ressourcen verbrauchen. Produkte müssen umweltverträglich produziert und genutzt werden können. Dazu gehört es, Produkte und ihre Bestandteile so zu optimieren, dass sie möglichst lange genutzt oder weiterverwendet werden können.	Die Parteien müssen eine Industriewende voranbringen, die für eine Dekarbonisierung sorgt, die vor allem auf Emissionsvermeidung und -reduktion basiert, statt sich allein auf das zukünftige Potential von Technologien zu stützen. Für diesen Prozess müssen Unternehmen in die Pflicht genommen werden, einen Beitrag zur Industriewende zu leisten. Dafür muss die Politik ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
Grüne	Die Grünen wollen das Agrar- und Ernährungssystem verändern, indem sie Landwirt*innen für ihre Umweltleistungen entlohnen (GAP), die Tierhaltung an Klima-, Umwelt- und Tierschutz orientieren und mit klaren Zielen die Landwirtschaft umweltfreundlicher gestaltet.	Die Grünen legen ein Konzept für eine konsistente Kreislaufwirtschaft vor, inklusive verbindlichen Ressourcenschutzzielen und der Umsetzung der EU-Abfallhierarchie. Produkte sollen durch Ansätze wie das Recht auf Reparatur, Wiederverwendung und Recycling länger und	Die Grünen setzen sich für eine sehr zielgerichtete Nutzung von Technologien zur Dekarbonisierung der Industrie ein (Wasserstoff, CCS) und setzen primär auf Emissionsvermeidung und -reduktion. Dabei schlagen sie verschiedene Finanzierungsinstrumente für die Industrietransformation vor. Die Pflicht für Unternehmen, sich Ziele und Fahrpläne

		umweltverträglicher produziert und genutzt werden können.	für die Transformation zu setzen, kommt dabei allerdings zu kurz.
Linke	Die Linke will die EU-Agrarförderung sozial, ökologisch und gemeinwohlorientiert ausrichten, den Umbau der Tierhaltung sozial gerecht und für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz gestalten. Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft soll drastisch reduziert werden.	Die Linke legt ein Konzept für eine konsistente Kreislaufwirtschaft vor, dabei steht vor allem die Reduktion des Rohstoffverbrauchs im Vordergrund. Ihr Ziel ist eine möglichst lange Lebensdauer von Produkten durch strengere Vorgaben für ihre Haltbarkeit (Vorgaben für Design und Reparierbarkeit von Produkten sowie, höhere gesetzliche Recyclingquoten). Die Umweltverträglichkeit von Produkten und Substanzen soll insbesondere durch schnelle und zuverlässige Prüfverfahren garantiert werden.	Die Linke setzt sich für eine zielgerichtete und priorisierte Nutzung von Wasserstoff zur Dekarbonisierung der Industrie ein und betont die vorrangige Rolle der Emissionsvermeidung und -reduktion. Dabei schlagen sie verschiedene Finanzierungsinstrumente für die Industrietransformation vor. Auch die Unternehmen werden in die Pflicht genommen, ihren Beitrag zu einer sozial-ökologischen Industrietransformation zu leisten.
SPD	Die SPD setzt sich für eine gemeinwohlorientierte Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben ein, will das Tierwohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung verbessern, bekennt sich zum Ausbauziel des Ökolandbaus und ist für eine deutliche Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Es fehlt ein konkretes Bekenntnis zum Umbau der Tierhaltung, auch im Sinne des Klimaschutzes, eine klare Benennung von Pestizidreduktionszielen und die Nennung von nachhaltigen Ernährungssystemen.	Die SPD will eine europäische Kreislaufwirtschaft fördern. Der Ressourcenverbrauch soll hauptsächlich durch die Umsetzung der EU-Abfallhierarchie reduziert werden; die Ambition, verbindliche Ressourcenschutzziele zu verankern, fehlt. Produkte sollen so entworfen und produziert werden, dass sie haltbarer, recyclingfähiger und reparierbar sind. Die SPD bekennt sich zum Ziel einer schadstofffreien Umwelt, aber unterfüttert dieses nicht ausreichend mit gezielten Maßnahmen.	Die SPD betont nicht explizit, dass die Emissionsvermeidung und -reduktion Vorrang hat, der Einsatz von CCS soll sich aber auf Restemissionen beschränken. Die SPD spricht sich für den Einsatz von grünem Wasserstoff aus, dieser ist jedoch nicht zielgerichtet, da er auch im Verkehr genutzt werden soll. Für die Finanzierung der Industrietransformation wird die Rolle von grünen Leitmärkten und nachhaltiger öffentlichen Beschaffung nicht ausreichend beleuchtet. Die Pflicht für Unternehmen, sich Ziele und Fahrpläne für die Transformation zu setzen, kommt zu kurz.
CDU/CSU	Die CDU/CSU benennt zwar die Relevanz des Schutzes der Biodiversität, diese findet sich aber nicht in ihren Punkten zur Landwirtschaft wieder. Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik erwähnt die CDU/CSU keine Verknüpfung zu Umweltzielen. Der einzige Punkt zur Tierhaltung ist die Sicherung der Weidetierhaltung, als einziges Instrument sehen sie hierbei, den Schutzstatus des Wolfs abzusenken. Eine Vorgabe zur Reduktion von Pestiziden findet sich nicht.	Die CDU/CSU bekennt sich zur Wichtigkeit der Kreislaufwirtschaft und will Produkte langlebiger und zirkulärer gestalten. Sie äußert sich aber weder zu einer notwendigen absoluten Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs noch zum Ziel einer schadstofffreien Umwelt. Die konkrete Ausgestaltung einer konsistenten Kreislaufwirtschaft bleibt unklar.	Die CDU/CSU setzt maßgeblich auf das zukünftige Potential von Technologien, um die Industrie zu dekarbonisieren, die Rolle der Emissionsvermeidung und -reduktion ist nachrangig. Wie die Industrietransformation finanziert werden soll und welche Pflichten die Unternehmen dabei haben sollen, bleibt unklar.
FDP	Zwar bekennt sich die FDP zu einem Abbau der Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik in den nächsten 15 Jahren, allerdings lässt sie dabei völlig die Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsziele außer Acht. Zudem benennt sie lediglich die Wahrung europäischer Mindeststandards beim Tierschutz, stellt den Reduktionsbedarf von Pestiziden komplett in Frage und verweist auf eine angeblich "ideologische Vorverurteilung" des Pestizideinsatzes.	Die FDP äußert sich weder zu einer notwendigen Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs, noch dazu, wie wir Produkte umweltverträglicher, langlebiger und effizienter nutzen und produzieren können.	Die FDP setzt maßgeblich auf das zukünftige Potential von Technologien, um die Industrie zu dekarbonisieren, dabei unterscheidet sie weder zwischen der Form von Wasserstoff (blau, grau, grün) noch beschränkt sie die Nutzung von CO ₂ -Abscheidung und -Speicherung (CCS) auf Restemissionen. Wie die Industrietransformation finanziert werden soll und welche Pflichten die Unternehmen dabei haben sollen, bleibt unklar.
BSW	Das BSW legt den Fokus bei der Landwirtschaft auf mehr Regionalität und der Stellung von Landwirt*innen in der Wertschöpfungskette. Dabei kommen konkrete Bekenntnisse, Ziele oder Maßnahmen zu unseren Prioritäten zu kurz.	Das BSW äußert sich weder zu einer notwendigen Reduktion unseres Ressourcenverbrauchs, noch dazu, wie wir Produkte umweltverträglicher, langlebiger und effizienter nutzen und produzieren können.	Das BSW setzt auf das zukünftige Potential von Technologien, um die Industriedekarbonisierung voranzutreiben, dabei wird auch die Nutzung von Wasserstoff im Verkehrs- und Gebäudesektor nicht ausgeschlossen. Wie die Industrietransformation finanziert werden soll und welche Pflichten die Unternehmen dabei haben sollen, bleibt unklar.
AfD	Die AfD lehnt die GAP grundsätzlich ab, geht dementsprechend auch nicht auf Details der Förderung ein. Sie	Die AfD betitelt Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der EU-Wirtschafts- und Industriepolitik als "ideologisch motivierte	Die AfD betitelt Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der EU-Wirtschafts- und Industriepolitik als "ideologisch motivierte

fordert zwar eine konsequente Umsetzung von Tierschutzgesetzen und die Förderung der artgerechten Nutztierhaltung. Allerdings bezeichnet sie den Green Deal, über den die Reduktionsziele für Pestizide und Düngung festgelegt sind, als „Naturzerstörung“.	Agenda“. Sie lehnt eine Konsum- und Ressourcenwende ausdrücklich ab.	Agenda“. Sie zweifelt die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Industrietransformation an und spricht sich gegen die Förderung und Weiterentwicklung grüner Technologien aus.
---	--	--

4. Bewertungstabelle: Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation

> Nachhaltige und gerechte Klimapolitik	●	●	●	●	●	●	●
> Natur-, Tier- und Artenschutz	●	●	●	●	●	●	●
> Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft	●	●	●	●	●	●	●
✓ Teilhabe an der sozial-ökologischen Transformation	●	●	●	●	●	●	●
Finanzielle Abfederung von Kosten der Transformation, um alle Menschen mitzunehmen.	●	●	●	●	●	●	●
✓ Ausrichtung sämtlicher öffentlicher Gelder an Green Deal und sozial-ökologischer Transformation	●	●	●	●	●	●	●
Abschaffung aller umwelt- und klimaschädlichen Subventionen	●	●	●	●	●	●	●
Nachhaltige öffentliche Beschaffung	●	●	●	●	●	●	●
Nächsten EU-Haushalt stärken & konditionieren	●	●	●	●	●	●	●
Gleichstellung der Geschlechter	●	●	●	●	●	●	●

Begründung

	Finanzielle Abfederung von Kosten der Transformation	Sämtliche öffentliche Gelder an Green Deal und Transformation ausrichten	Gleichstellung der Geschlechter
Unsere Forderung	Eine sozial gerechte europäische Klima- und Umweltpolitik, die unsere Demokratie stärkt, muss für die finanzielle Abfederung von Klimapolitik sorgen. Mit der Einführung eines Klimageldes und eines größeren Klimasozialfonds kann die EU sicherstellen, alle Menschen mitzunehmen.	Wir stärken den Wohlstand und die Lebensqualität in Europa, indem sämtliche öffentliche Finanzmittel klar an den Erfordernissen des Europäischen Green Deals und der sozial-ökologischen Transformation angepasst werden. Dazu gehört u.a. den EU-Haushalt zu stärken und auf die sozial-ökologische Transformation auszurichten, öffentliche Beschaffung nachhaltig zu gestalten sowie alle umwelt- und klimaschädlichen Subventionen abzuschaffen.	Eine sozial gerechte europäische Klima- und Umweltpolitik, die unsere Demokratie stärkt, umfasst die Gleichstellung der Geschlechter. Alle Umwelt- und Klimamaßnahmen müssen dahingehend geprüft werden, wie sie die geschlechtsspezifische Situation von Frauen und allen Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden, beeinflussen.
Grüne	Die Grünen fordern ein sozial-gerechtes Klimageld und nennen dafür den Klimasozialfonds als	Die Grünen wollen den EU-Haushalt vergrößern und dabei in Zukunftsthemen wie Industriepolitik und Infrastruktur investieren, eine klare sozial-ökologische Ausrichtung nennen sie aber nicht	Die Grünen wollen Klimaneutralität sozial und geschlechtergerecht erreichen und nennen zahlreiche konkrete

	mögliche Quelle. Sie fordern jedoch keinen größeren Klimasozialfonds.	explizit. Sie wollen klimaschädliche Subventionen in der GAP und umweltschädliche Subventionen abbauen. Sie fordern sozial-ökologische Konditionen für die öffentliche Beschaffung.	Vorschläge, wie das erreicht werden kann.
Linke	Die Linke fordert ein Klimageld in Deutschland und einen größeren Klimasozialfonds.	Die Linke möchte den EU-Haushalt verdoppeln und auf den sozial-ökologischen Umbau ausrichten. Sie fordert den Abbau von klimaschädlichen Subventionen im Verkehr, eine allumfassende Forderung, klima- und umweltschädliche Subventionen abzuschaffen, fehlt jedoch. Sie fordern sozial-ökologische Konditionen für die öffentliche Beschaffung.	Die Linke fordert, dass bei Klimaschutzmaßnahmen Geschlechtergerechtigkeit mitgedacht werden muss.
SPD	Die SPD nennt den Klimasozialfonds als wichtiges Instrument, fordert aber weder eine Erhöhung noch einen größeren Klimasozialfonds.	Die SPD will den EU-Haushalt in zentralen Aufgabenbereichen stärken und mehr Mittel für die sozial-ökologische Transformation zur Verfügung stellen. Sie will einige wenige problematische Subventionen (wie schädliche Fischereisubventionen oder Förderung von Atomenergie) beenden, fordert jedoch keine umfassende Abschaffung von klima- und umweltschädlichen Subventionen. Sie will eine Vergabereform, bei der ein Großteil der Produkte aus Europa kommen soll, nennt allerdings keine weiteren sozialen oder ökologischen Kriterien.	Die SPD fordert einen feministischen Green Deal und will, dass alle Vorhaben zu Klima- und Umweltschutz auf ihre geschlechterspezifische Auswirkung überprüft werden müssen.
CDU/CSU	Die CDU/CSU nennt weder den Klimasozialfonds noch ein Klimageld.	Die CDU/CSU äußert sich weder zur Höhe des zukünftigen EU-Haushalts noch zur Ausrichtung auf die sozial-ökologische Transformation. Sie will weiter umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten fördern und will keinerlei Abschaffung von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen. Sie fordert eine Vergabereform, nennt allerdings keinerlei soziale oder ökologische Kriterien.	Die CDU/CSU äußert sich nicht explizit zu Geschlechtergerechtigkeit.
FDP	Die FDP nennt keines der Instrumente und spricht sich gegen Umverteilungsmaßnahmen aus.	Die FDP äußert sich nicht zur Höhe des zukünftigen Haushalts; sie sagt zwar, dass diese an Zukunftsthemen ausgerichtet sein muss, nennt aber nicht die sozial-ökologische Transformation. Zur öffentlichen Beschaffung oder der Frage, wie man diese nachhaltiger gestalten könnte, nennt die FDP nichts. Sie äußert sich kritisch gegenüber Subventionen generell, anstatt an schädlichen Subventionen anzusetzen.	Die FDP äußert sich nicht explizit zu Geschlechtergerechtigkeit.
BSW	Das BSW nennt weder den Klimasozialfonds noch ein Klimageld.	Das BSW will den EU-Haushalt kürzen, teilweise weiter umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten fördern und fordert keinerlei Abschaffung von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen. Es fordert eine Vergabereform, die soziale Konditionen einbeziehen soll, nennt allerdings keinerlei ökologische Kriterien.	Das BSW äußert sich nicht explizit zu Geschlechtergerechtigkeit.
AfD	Die AfD stellt sich gegen das komplette Fit-for-55-Paket und damit auch gegen den Klimasozialfonds. Ein Klimageld zur sozialen Abfederung von Klimaschutzmaßnahmen fordert sie nicht.	Die AfD fordert eine deutliche Verkleinerung des EU-Haushalts, was zu deutlich weniger Investitionen insbesondere in weniger entwickelte Regionen führen würde. Die AfD will weiter umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten fördern. Sie will eine Vergabereform, nennt allerdings keinerlei soziale oder ökologische Kriterien.	Die AfD ist gegen die Gleichstellung von Mann und Frau bzw. aller Geschlechter.

Hintergrund

Warum die grafische Abgrenzung der AfD?

Die AfD wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingeordnet, leugnet den menschengemachten Klimawandel, ignoriert damit wissenschaftliche Fakten, sie lehnt eine pro-europäische Zusammenarbeit ab und stellt Grundwerte der Demokratie in Frage. Deswegen stellen wir die AfD in dieser Analyse separat von den demokratischen Parteien dar.

In unserer Analyse der Wahlprogramme haben wir uns entschieden, das Programm der AfD grafisch abzugrenzen. Wir möchten damit deutlich machen, dass die Positionen der AfD und ihre Politikansätze grundlegend von denjenigen der anderen untersuchten Parteien abweichen, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Demokratieverständnis und europäische Integration. Außerdem reflektiert diese Abgrenzung unser Bestreben, eine wissenschaftliche Analyse durchzuführen.

Der DNR steht ein für eine offene Gesellschaft in Europa und eine starke Zivilgesellschaft, während die AfD die Grundwerte unserer Demokratie in Frage stellt, sich gegen Menschenrechte und Klimaschutz ausspricht, und eine Politik befördert, die unsere Gesellschaft spaltet. Die AfD ist erwiesenermaßen in Teilen rechtsextremistisch und wird als Ganzes vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingeordnet. Dies steht im starken Kontrast zu den Grundsätzen des DNR, denn effektiver Umwelt- und Naturschutz ist nur in einer funktionierenden Demokratie und mit einer starken Zivilgesellschaft möglich.

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel und ignoriert damit wissenschaftliche Fakten, die dem breiten internationalen Konsens entsprechen. Während andere Parteien Klimaschutz als eine zentrale Aufgabe sehen und Lösungen suchen, um dieser globalen Herausforderung zu begegnen, bestreitet die AfD die Existenz der Klimakrise und kritisiert EU-Klimaschutzmaßnahmen wie den Green Deal und „Fit for 55“ als „ökosozialistische Projekte“. Eine sachliche Diskussion über Lösungsansätze wird dadurch unmöglich.

Ein weiterer Punkt ist die anti-europäische Haltung der AfD. Weite Teile der Partei fordern den Austritt Deutschlands aus der EU, was im klaren Widerspruch zur Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit steht. Diese isolationistische Haltung widerspricht den notwendigen Anstrengungen für gemeinschaftliche europäische Lösungsansätze, die für die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise unerlässlich sind. Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger.

Methodik

Wir haben die Wahlprogramme im Hinblick auf die [Europawahlforderungen](#) des DNR analysiert. Dabei haben wir uns auf die Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, BSW und AfD konzentriert, da sie voraussichtlich mit mehr als drei Sitzen im Europäischen Parlament vertreten sein werden.






Dazu haben wir unsere Forderungen in vier Kapitel unterteilt:

1. Nachhaltige und gerechte Klimapolitik
2. Natur-, Tier- und Artenschutz
3. Sozial-ökologische Transformation von Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft
4. Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation

Innerhalb dieser Kapitel haben wir zentrale Themenbereiche herausgearbeitet und Kriterien zu ihrer Bewertung festgelegt (diese finden sich auf der dritten Ebene der Analyse bzw. in unseren ausformulierten Forderungen). Wir haben überprüft, ob die Kriterien im jeweiligen Wahlprogramm in Form von Aussagen, Forderungen oder Positionierungen enthalten sind und in welchem Ausmaß sie sich mit den Positionen des DNR überschneiden. Eine Ablehnung von Forderungen des DNR wurde hierbei negativer bewertet als das Fehlen oder eine neutrale Haltung zu Forderungen. Die Gesamtbewertung der Themenbereiche wurde aus dem Durchschnitt der Bewertungen der einzelnen Kriterien errechnet.

Die Bewertung erfolgte anhand einer Skala von Grün bis Rot:

Legende

-  Große Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Größtenteils Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Teilweise Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Wenig Überschneidung mit DNR-Forderungen
-  Keine Überschneidung mit DNR-Forderungen

Kontakt für Rückfragen



Elena Hofmann

Referentin für EU-Klima- und Energiepolitik;
Kordinatorin Europawahl

Tel.: 030 6781775-79

E-Mail: elena.hofmann@dnr.de